

DIE ZEIT – Flensburger Kameraden

DIE ZEIT

06/2001

ZEITLÄUFTE

Flensburger Kameraden

Wie Deutschlands hoher Norden nach dem Krieg für Tausende NS-Funktionäre und -Offiziere zur Fluchtburg und später vielfach zur sicheren Heimat wurde

Gerhard Paul

Deutschland im Frühjahr 1945. Während die Wehrmacht noch den totalen Krieg inszeniert, lösen sich andere Teile des Regimes bereits auf. Doch wohin verschwinden sie, die hohen NS-Funktionäre und KZ-Chefs, die Stützen des Regimes, die Eliten des Systems? Wo tauchen sie unter, verschaffen sich saubere Papiere? Zunächst habe man sie in der so genannten Alpenfestung vermutet, erinnerte sich später der US-Volkswirtschaftler John K. Galbraith, der einer Kommission angehörte, die im Mai 1945 ins schleswig-holsteinische Glücksburg gereist war, um dort Exrüstungsmminister Albert Speer zu verhören. "Aber die wichtigere Fluchtlinie verlief von Berlin nach Flensburg."

Die Rattenlinie Nord: Nach Schleswig-Holstein, nach Flensburg, in Deutschlands nördlichste Stadt, die unzerstört geblieben war, hatten sich im Frühjahr 1945 verschiedene Gruppen aufgemacht. Mit 150 Personen waren da zunächst Reichsführer-SS Heinrich Himmler und sein Stab, der hier vom 3. bis zum 20. Mai 1945 Quartier bezog. In seinem Gefolge befanden sich unter anderen Reichsarzt-SS und Polizei Karl Gebhardt, der Chef des Amtes Deutsche Lebensgebiete im Reichssicherheitshauptamt (RSHA) und Einsatzgruppenführer Otto Ohlendorf, der Chef des SS-Wirtschafts- und Verwaltungshauptamtes Oskar Pohl, einige Höhere SS- und Polizeiführer (HSSPF) sowie die Führung der Inspektion der Konzentrationslager unter Richard Glücks und die KZ-Kommandanten aus Auschwitz, Majdanek, Stutthof und Ravensbrück. Bereits seit längerer Zeit hielt sich der Ex-Kommandant des Vernichtungslagers Chelmno, Hans Bothmann, in Flensburg auf. Man nistete sich in öffentlichen Gebäuden ein, kampierte im Polizeipräsidium und in Gasthäusern, fand Unterkunft auf Bauernhöfen oder tauchte ab in dem unüberschaubaren Marinekomplex von Mürwik.

Darüber hinaus hatte es weitere SS-Ämter, das Hauptamt Ordnungspolizei, die Ämter SD-Inland und Ausland und zu Teilen das Reichskriminalpolizeiamt im RSHA, nach Flensburg gezogen. Auch für die Gestapo fungierte die Stadt als wichtiges Rückzugsrevier. Ganze Staatspolizeistellen wie Stettin und Schwerin (inklusive des dortigen Gestapo-Chefs Ludwig Oldach) waren auf dem Wasserwege in Flensburg eingetroffen, nachdem man zuvor die Gefangenen liquidiert hatte. Schließlich gab es etliche Mitarbeiter des Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda, die 1945 im Raum Flensburg auftauchten. Sicherlich der namhafteste NS-Propagandist, der wie kein anderer das Erscheinungsbild des Nationalsozialismus geprägt hatte, war der Reichsbeauftragte für künstlerische Formgebung Hans Schweitzer – alias Mjölfnir –, der sich in Hollmühle niederließ. Vom Entnazifizierungs-Hauptausschuss wurde er später als "Mitläufer" eingestuft, nachdem er etliche "Persilscheine" von Bürgern (darunter von VVN-Mitgliedern) vorgelegt hatte.

Die ersten Chefs der Kripo kommen alle aus Himmlers Amt

Während sich die HSSPF Russland-Mitte und Ukraine, Hitlers oberster KZ-Chef Glücks, KZ-Kommandant Bothmann sowie der Stettiner Gestapo-Chef Engel durch Selbstmord der strafrechtlichen Verfolgung

entzogen, organisierten andere ihre Nachkriegsidentität. Vor allem zwei Einrichtungen waren bei Identitätswechsel und Abtauchen behilflich: die Marineschule Mürwik, in der etwa die Mitarbeiter der Inspektion der Konzentrationslager mit falschen Soldbüchern und Marineuniformen ausgestattet wurden, sowie das Flensburger Polizeipräsidium, in dem zwischen 2000 und 3000 falsche Kennkarten ausgestellt wurden. Einer, der hier seine Identität wechselte, war der aus Kiel stammende ehemalige Gestapo-Chef von Lemberg Kurt Stawitzki, dem die Beteiligung an der Ermordung von 160 000 Juden angelastet wurde. Während die Behörden später vermuteten, Stawitzki habe Selbstmord begangen, arbeitete dieser unter dem Namen "Kurt Stein" als Registrator in der Zentrale der Deutschen Forschungsgemeinschaft. Um die neue Identität glaubwürdig erscheinen zu lassen, stellte ein ortsbekannter Konfektionär den NS-Funktionären Zivilkleidung zur Verfügung.

Exemplarisch für das Geflecht der Hilfe, das Hitlers willigen Vollstreckern Unterschlupf bot, steht Auschwitz-Kommandant Rudolf Höß. Unterstützt von Gesinnungsgenossen, ehemaligen Untergebenen, dem Chef der Marineschule und seinem Schwager – dem Flensburger Kunsterzieher und Maler Gerhard Hensel –, gelang es ihm, unter falschem Namen und auf Vermittlung des Arbeitsamtes auf einem Hof in Gottrupel vor den Toren der Fördestadt als Landwirtschafts-Helfer unterzukommen. Höß gehörte fortan zur Familie; im Gemeinderat machte er sich als Schriftführer nützlich. Die Leute im Dorfe, "die mochten ihn alle", erzählte der Bauer später; für die Bäuerin war er "höflich, bescheiden – und fleißig. Immer hat er gearbeitet! Und er saß abends oft über Büchern."

Nur durch Zufall wurde Höß 1946 aufgespürt und den Engländern übergeben. Sein berüchtigter schwarzer Ledermantel und seine Aktentasche verblieben in Gottrupel: Den Mantel konnte man gut für Malerarbeiten gebrauchen, die Aktentasche des Massenmörders benutzten die Kinder als Ranzen.

Begünstigt durch das alliierte Interesse an einer funktionsfähigen Polizei fanden zur selben Zeit zahlreiche SS- und Gestapo-Funktionäre bei der Kriminalpolizei eine neue berufliche Existenz. Die ersten Chefs der Kripo waren so allesamt leitende Beamte des RSHA, die ihrerseits "Kameraden" nachzogen. Dem ehemaligen Gestapo-Chef von Nordhausen oblag zeitweise die Aufsicht über die Fahndungsabteilung, welche die britische Field Security Section bei der Suche nach SS-, SD- und Gestapo-Männern unterstützen sollte. Für die Verbindung zu den Engländern wiederum war mit Karl Schulz ein ehemaliger Gruppenleiter im RSHA zuständig, der als Adjutant von Arthur Nebe der Einsatzgruppe B angehört und sich unmittelbar am Massenmord beteiligt hatte. All dies war den Alliierten bekannt. 1949 avancierte Schulz zum Kripochef der Polizeigruppe Nord.

FDP-Mann Fellenz wird des 39 000fachen Mordes angeklagt

Auch die Leitung der Bezirkskriminalpolizeistelle befand sich bis 1968 in den Händen von zwei ehemaligen RSHA-Beamten. Während zunächst der ehemalige Chef des Referats für "Vorbeugungsmaßnahmen gegen Berufs- und Gewohnheitsverbrecher sowie Gemeingefährliche" im Reichskriminalpolizeiamt diesen Posten innegehabt hatte, stand von 1960 an Waldemar Krause der Dienststelle vor, der Leiter des für die Judenmassaker in der Ukraine verantwortlichen Sonderkommandos 4b der Einsatzgruppe C.

Vor allem die Justizbehörden erwiesen sich als Tummelstätte ehemaliger NS-Funktionäre. Bis zu seiner Ernennung zum Generalstaatsanwalt 1954 leitete die Staatsanwaltschaft Adolf Voss – ein Mann, dessen juristische Karriere im preußischen Justizministerium durch Förderung des späteren Präsidenten des Volksgerichtshofes, Roland Freisler, begonnen hatte. In den Augen der Militärregierung galt Voss als unbelastet. Leiter der Politischen Abteilung innerhalb der Staatsanwaltschaft war mit Dietrich Glander ein "alter Kämpfer", der 1937 als Anklagevertreter beim Schleswig-Holsteinischen Sondergericht gewirkt hatte, bevor er bis Kriegsende am NSDAP-Gaugericht Schleswig-Holstein tätig war. Kollege von Glander wiederum war Kurt Jaeger, ehemals Staatsanwalt am Volksgerichtshof und Vertreter des Oberreichsanwalts. Von den elf Sachbearbeitern hatten vier Staatsanwälte vor 1945 Funktionen beim Kieler Sondergericht

innegehabt. Ganz ähnlich sah es unter den Richtern des Landgerichts aus, von denen etliche während des Krieges an Sondergerichten im Osten eingesetzt waren. Gemeinsame soziale Herkunft, beruflicher Korpsgeist und ehemalige NSDAP-Mitgliedschaft verband diese Männer zu einer verschworenen Gemeinschaft.

Angesichts solcher Zustände war es kein Zufall, dass NS-Kriegsverbrecher und SS-Angehörige wie der wegen Mordes an 39 000 polnischen Juden angeklagte FDP-Ratsherr Martin Fellenz aus dem benachbarten Schleswig in der Fördestadt überaus verständnisvolle Richter fanden. Oder dass, wie im Falle des Leiters des Judenreferats beim Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD in Belgien, Kurt Asche, Ermittlungsverfahren wegen Kriegsverbrechen eingestellt beziehungsweise die Eröffnung von Hauptverhandlungen abgelehnt wurden.

An Flensburgs Pädagogischer Hochschule fanden derweil ehemalige NS-Ideologen wie der Pädagogikprofessor Theodor Wilhelm und der Geschichtspräsident Hans Joachim Beyer ein neues Auskommen. Beyer hatte zahlreiche Funktionen in der NS-Wissenschaft innegehabt. So war er Leiter der "Arbeitsstelle für auslandsdeutsche Volksforschung" und Mitarbeiter in der Berliner SD-Zentrale gewesen, wo er unter anderem eine Liste von polnischen Intellektuellen zusammengestellt hatte, nach der von September 1939 an die Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei und des SD bei der Ermordung der polnischen Intelligenz vorgehen. In seiner Habilitationsschrift hatte er sich mit *Umvolkungsvorgängen, vor allem in Ostmitteleuropa* beschäftigt. Nach einem Zwischenspiel als "politischer Berater" einer Einsatzgruppe war er in Prag zum Leiter der Reinhard-Heydrich-Stiftung avanciert, des 1943 eingerichteten Zentrums für eine rassenbiologisch orientierte Selektionswissenschaft.

Gegen Kriegsende floh Beyer nach Schleswig-Holstein, wo man ihn umstandslos entnazifizierte. Im September 1945 wandte er sich erfolgreich an den späteren Bischof der Nordelbischen Kirche mit der Bitte um Hilfe. 1947 machte ihn die Evangelische Landeskirche – seine Vergangenheit kennend – zu ihrem Pressesprecher; als besonderer Förderer erwies sich der Schulreferent der EKD und spätere Kultusminister Edo Osterloh (CDU). 1950 bewarb sich Beyer um eine Geschichtspräsidentur an Flensburgs PH, wo man ihn nach einer Unbedenklichkeitserklärung des Kultusministeriums positiv begutachtete.

In der Fördestadt war Beyer nun zehn Jahre lang für die Ausbildung von Geschichtslehrern zuständig. Seine Seminare über die Ukraine oder die Geschichte der Ostsiedlung spiegelten bisherige Tätigkeiten wider. Schon 1953 machten Zeitungen auf die Vergangenheit Beyers aufmerksam. Doch anstatt gegen ihn zu ermitteln, nahm Kultusminister Osterloh ihn erst 1961 aus der Schusslinie der Kritik und stellte ihn mit vollen Bezügen "für Forschungsarbeiten frei". Im Schleswiger Landesarchiv konnte er sich nun wieder ganz seinen "volkstumshistorischen" Themen widmen. Während sich selbst Ministerpräsident von Hassel genötigt sah, auf Distanz zu Heydrichs Professor zu gehen, schlugen sich Beyers Studenten auf dessen Seite und erklärten, dieser verkörpere "den freiheitlichen Akademiker mit hoher wissenschaftlicher Qualifikation, dessen Ausscheiden aus der Lehrerbildung als Verlust angesehen würde". Wenn man im Geschichtsunterricht des CDU-regierten Schleswig-Holstein bis weit in die siebziger Jahre nicht oder nur oberflächlich über den Nationalsozialismus sprach, war dies auch Dozenten wie Beyer und den von ihnen ausgebildeten Lehrern zu verdanken.

In demselben Flensburger Stadtviertel, in dem Beyer gelebt hatte, ließen sich zwei weitere hochrangige NS-Funktionsträger nieder, um ungestört ihren Lebensabend zu genießen. Seit 1951 wohnte hier der langjährige Staatssekretär im Reichsjustizministerium und zeitweilige NS-Justizminister Franz Schlegelberger, der unter anderem 1934 die Morde während des Röhm-Putsches als angemessene Antwort auf einen Notstand gerechtfertigt, Todesstrafen gegen "ausgesprochene kriminelle Elemente und Sittlichkeitsverbrecher polnischen Volkstums" gefordert und sich um die Akzeptanz der Euthanasie in Justizkreisen bemüht hatte.

1947 wegen Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu lebenslanger Haft verurteilt, aber bereits im Januar 1951 auf Initiative der Bundesregierung wieder frei gekommen, zog Schlegelberger zu seiner Familie nach Flensburg, wo er sich im Schnellverfahren als "entlastet" entnazifizieren ließ. Hier war er verlässlich in das Schweigekartell eingebunden. Sohn Hartwig, während des Krieges Oberstabsrichter der NS-Militärjustiz und in dieser Funktion Vollstreckungsleiter von Todesurteilen im Zuchthaus Brandenburg-Görden, war befreundet mit Oberstaatsanwalt Voss; seit 1954 fungierte er als CDU-Landrat des Landkreises Flensburg, seit 1961 als Finanzminister und später als Innenminister sowie zeitweise als stellvertretender Ministerpräsident. Es verwundert daher nicht, dass ein 1958 gegen Vater Schlegelberger eingeleitetes Ermittlungsverfahren wegen gemeinschaftlich begangenen Mordes auf Beschluss der Ersten Großen Strafkammer des Landgerichts bald eingestellt wurde.

NS-Täter entscheiden über Entschädigungen für KZ-Opfer

Mit Carl Albrecht Oberg kam 1962 ein Mann nach Flensburg, der ein früher Vertrauter Reinhard Heydrichs gewesen war, die Mordaktionen während des Röhm-Putsches in Süddeutschland koordiniert und in verschiedenen Funktionen maßgeblich am Aufbau des NS-Repressionsapparates sowie an der Deportation von 70 000 französischen Juden in die Vernichtungslager mitgewirkt hatte. 1946 war Oberg zunächst in Wuppertal, 1954 in Paris zum Tode verurteilt worden, 1962 aber von Staatspräsident De Gaulle begnadigt worden, worauf er zu seiner Frau nach Flensburg zog. Oberg nahm eine Wohnung in derselben Straße, wo drei Jahre zuvor Beyer gelebt hatte, nur einige hundert Meter von Schlegelberger entfernt. Nachbarn bedauerten den Mann, den die Franzosen zum Tode verurteilt hatten.

Doch kein Fall offenbart die Mechanismen des Schweigekartells deutlicher als der des Werner Heyde, der als Leiter des Euthanasieprogramms für die Ermordung von mehr als 100 000 Frauen, Männern und Kindern verantwortlich war. Heyde hatte sich nach geglückter Flucht aus der Haft 1949 unter dem Namen "Dr. med. Fritz Sawade" in Flensburg niedergelassen. Mithilfe des Flensburger Oberbürgermeisters (SPD) gelang es ihm, eine neue Karriere zu begründen. Bei dem schnellen Wiederaufstieg zum gefragten Gutachter und Referenten sowie seinem Versuch, sich der Strafverfolgung zu entziehen, waren eine Reihe von Personen behilflich, die bereits früh von "Dr. Sawades" wahrer Identität wussten: ein Amtsarzt aus dem nahen Rendsburg, den Heyde aus der Internierungszeit kannte und der ihm erste Aufträge verschaffte, der Flensburger Internist Hans Glatzel sowie der Direktor des Oberversicherungsamtes und spätere Präsident des Landessozialgerichts in Schleswig Ernst Siegfried Buresch. Auch der Leiter der Sozialmedizinischen Klinik der Landesversicherungsanstalt in Flensburg, Hartwig Delfs, war über "Dr. Sawade" informiert – und schwieg. Straf- und dienstrechtlich blieben alle genannten Männer später unbehelligt.

Zu vermuten ist, dass nicht nur die Juristen am Landessozialgericht, an dem zahlreiche hochrangige NS-Juristen untergekommen waren, wussten, wer sich hinter "Dr. Sawade" verbarg, sondern auch die Spitzen der Flensburger Staatsanwaltschaft. Derlei Gesinnung und Kontakte ermöglichten Heyde schon bald eine einträgliche nervenärztliche Gutachtertätigkeit für die verschiedensten Gerichte, Ämter und Genossenschaften. Verschiedentlich war er auch in Rechtsstreitigkeiten um Renten- und Wiedergutmachungsansprüche von Opfern des NS-Regimes tätig.

Mehr durch einen Zufall wurde seine Identität 1959 dann doch bekannt, obwohl dem Verfassungsschutz einschlägige Hinweise bereits seit längerem vorlagen. Anstatt sofort zu handeln, ließen der Chef des Landeskriminalamts – ehemals Kriminalrat im RSHA und Mitglied einer Einsatzgruppe – sowie der Leiter der Flensburger Staatsanwaltschaft, ein ehemaliger Parteigenosse, wertvolle Zeit verstreichen, sodass Heyde gewarnt werden und das Weite suchen konnte.

An dem parteienübergreifenden Unterstützungs- und Weißwäschersyndikat in Flensburg waren somit neben ehemaligen "Kameraden" Vertreter aus Kirche, Polizei, Justiz und Verwaltung sowie schließlich die Besatzungsbehörden selbst beteiligt. Gemeinsam ermöglichten sie den ehemaligen NS-Funktionsträgern ein

DIE ZEIT – Flensburger Kameraden

ziemlich normales Leben in der Nachkriegsgesellschaft. Alte Gesinnungsgenossen wie die PH–Professoren Wilhelm und Beyer boten zusammen Lehrveranstaltungen an und wussten sich ob der Vergangenheit von ihrem obersten Dienstherrn gedeckt. In den vornehmen Wohnvierteln gab es Straßen, wo auf engstem Raum ein Abteilungsleiter des RSHA, ein Einsatzgruppenmitglied, ein Richter des Sondergerichts und die Witwe des obersten KZ–Chefs lebten. Nachbarschaft und gemeinsamer sozialer Status schützten vor Fragen.

Eine schonungslose Aufdeckung begangener Verbrechen, die Aufklärung der braunen Schatten konnten von dieser Gesellschaft wohl kaum erwartet werden. Im Gegenteil: All dies begründete ein Beschweigen der Vergangenheit – hier wie fast überall in Deutschland. Nur dass in Flensburg, verständlicherweise, länger geschwiegen wurde als andernorts: In Ausstellungen und Veröffentlichungen galt das Thema noch vor wenigen Jahren als tabu. Und im Polizeipräsidium dauerte es bis Ende der achtziger Jahre, dass ein braunes Ehrenmal demontiert wurde. Es war eine Gedenkstätte auch für die "Kameraden", die man nach 1945 wegen Kriegsverbrechen hingerichtet hatte, und trug als Inschrift: "Sie gaben ihr Leben für uns".